

Zur Kommunalwahl am 26. Mai:

SSW - Für uns im Norden

Was denn sonst ☺

**Kommunale Ziele
des SSW für die
Jahre 2013 bis 2018**

**Wahlprogramm
des SSW
zur Kommunalwahl
am 26.05.2013**



SSW 

Was denn sonst ☺

Inhalt

I. SSW - Für uns im Norden!

II. Wahlziele 2013

1. **Der SSW ist eine unabhängige und pragmatische kommunale Kraft mit einem starken sozialen Gewissen**
2. Der SSW will dritte Kraft im Landesteil Schleswig bleiben
3. Der SSW will mehr Verantwortung in den Kommunen übernehmen

III. Kernforderungen des SSW zur Kommunalwahl 2013

IV. Für diese kommunale Politik steht der SSW von 2013 bis 2018:

1. **Für bürgernahe und starke Kommunen**
 - 1.1 Kommunale Demokratie ist entscheidend für die Menschen
 - 1.2 Bürgernahe und transparente Kommunen sind unser Ziel
 - 1.3 Kommunale Finanzpolitik mit sozialem Augenmaß
 - 1.4 Handlungsfähige Kommunen schaffen
 - 1.5 Kommunale Gleichstellungspolitik umsetzen
2. **Für einen starken Norden**
 - 2.1 Förderung des Nordens
 - 2.2 Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unterstützen
 - 2.3 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter voranbringen
3. **Für sozialere Kommunen**
 - 3.1 Den Schwächeren in den Kommunen helfen
 - 3.2 Ausbau der Krippenplätze in den Kommunen voranbringen
 - 3.3 Keine weitere Privatisierung von öffentlichen kommunalen Aufgaben
 - 3.4 Bessere Angebote für die Jugendlichen in den Kommunen
 - 3.5 Leben auf dem Land – Leben in der Stadt fördern
4. **Für bessere Bildung- und Kulturpolitik in den Kommunen**
 - 4.1 Für einen konsequenten Ausbau von Gemeinschaftsschulen
 - 4.2 Kostenlose Schülerbeförderung umsetzen
 - 4.3 Kommunale Kulturpolitik stärken
 - 4.4 Kulturelle Jugendarbeit und politische Bildung fördern
5. **Vorbildliche Minderheitenpolitik der Kommunen**
 - 5.1 Gleichstellung für die dänische Minderheit
 - 5.2 Bessere Förderung der friesischen Volksgruppe
 - 5.3 Aktive Sprachenpolitik in den Kommunen
 - 5.4 Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor“ umsetzen
6. **Energiewende und Umweltpolitik vor Ort**
 - 6.1 Klima- und Energiepolitik im Dialog
 - 6.2 Ausbau von erneuerbaren Energien in den Kommunen
 - 6.3 Ausbau der Stromnetze nur mit Bürgerbeteiligung
 - 6.4 Kein CO₂-Endlager oder Fracking
 - 6.5 Biomasse und Biogas ohne Monokultur
 - 6.6 Umwelt- und Landwirtschaftspolitik mit den Menschen

V. Neue Landesregierung schafft bessere Rahmenbedingungen für Kommunen.

I. Der SSW - Für uns im Norden!

Die Kommunalwahl am 26. Mai 2013 in Schleswig-Holstein findet unter völlig neuen politischen Rahmenbedingungen statt. Der Regierungswechsel in Kiel 2012 und die erstmalige Teilnahme des SSW hat dazu geführt, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheitenpartei an einer Landesregierung beteiligt ist. Dies hat nicht nur national und international zu großer Aufmerksamkeit geführt, sondern auch die Minderheitenpolitik des Landes wieder auf den richtigen Weg gebracht.

Gerade wegen der rückwärtsgewandten Minderheitenpolitik der vorherigen Landesregierung hat sich der SSW als Partei der dänischen Minderheit und nationalen Friesen für die Regierungsbeteiligung entschieden. Diese ist jedoch für uns kein Selbstzweck, sondern wir wollen ganz konkret Fortschritte für die Bevölkerung im Norden erreichen. Am 26. Mai 2013 haben die Menschen in Schleswig-Holstein die Chance, unsere Politik auch auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Der SSW begrüßt, dass die neue Landesregierung bereits einige positive Weichenstellungen für die Kommunen des Landes gestellt hat (siehe Abschnitt V).

Die Kommunalwahlen am 26. Mai 2013 finden im Schatten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa seit Jahrzehnten statt. Obwohl die Konjunktur in Deutschland und Schleswig-Holstein noch gut verläuft, hat die Finanz- und Eurokrise zu einem beispiellosen Vertrauensverlust in unser Wirtschafts- und Finanzsystem geführt. Durch die enormen Schulden der öffentlichen Hand werden zudem staatliche Leistungen für viele Menschen in Schleswig-Holstein in Frage gestellt. Dies gilt insbesondere für die Kommunen, von denen viele vor großen finanziellen Herausforderungen stehen.

Als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen wissen wir, wie wichtig es ist, dass es in der Region genügend Arbeitsplätze gibt, dass die soziale Sicherung auf hohem Niveau erhalten bleibt, und dass das Bildungsniveau vor Ort den internationalen Anforderungen entspricht. Denn dies ist die Lebensgrundlage im Norden – ob Mehrheit oder Minderheit. Deshalb vertritt der SSW auch seit jeher nicht nur die engeren Interessen des dänischen und des friesischen Bevölkerungsteils, sondern erhebt stets seine Stimme, wenn regionalpolitische und allgemeine gesellschaftspolitische Probleme in den Kommunen gelöst werden müssen.

Dabei orientiert sich der SSW in vielen Bereichen an skandinavischen Vorbildern, beispielsweise in der Sozial- oder in der Bildungspolitik, wo uns die Dänen – immerhin glücklichstes Volk der Welt – nachweislich Einiges voraus haben. Dies gilt auch, wenn es darum geht, welche Aufgaben die Kommunen vor Ort lösen sollten. Der SSW hat gute Antworten auf die vielen drängenden Fragen, die unsere Kommunen bewegen. Deshalb gehen wir aufrecht und voller Selbstbewusstsein in den Wahlkampf mit dem Motto: „*SSW - Was denn sonst*“.

In diesem Programm für 2013-2018 können Sie lesen, von welchen politischen Leitlinien sich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker des SSW in den nächsten fünf Jahren leiten lassen wollen.



II. Wahlziele 2012

1. Der SSW ist eine unabhängige und pragmatische kommunale Kraft mit einem starken sozialen Gewissen

Der SSW ist als Partei der dänischen Minderheit und der Friesen eine unabhängige Kraft, die keinem der politischen Blöcke angehört. Politische Zusammenarbeit beruht für uns auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten und sachlicher Überzeugungsarbeit - nicht auf machtpolitischen Erwägungen.

Den SSW gibt es nur im Norden. Deshalb können wir unabhängig von bundespolitischen oder anderen fremden Interessen die besonderen Belange unserer Kommunen vertreten. Wir machen Politik für uns hier oben im Norden. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind immer bereit, mit allen demokratischen Parteien oder politischen Strömungen konstruktiv und pragmatisch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zusammenzuarbeiten.

2. Der SSW will dritte Kraft im Landesteil Schleswig bleiben

Damit der SSW seine erfolgreiche Politik in Kreisen und Kommunen des Landesteils Schleswig, in Kiel und auf der Insel Helgoland weiterführen und seine politischen Ziele umsetzen kann, müssen wir so stark wie möglich in den kommunalen Gremien vertreten sein. Das Wahlziel des SSW ist es daher dritte politische Kraft im nördlichen Landesteil zu bleiben und über 10% der Stimmen in Südschleswig zu erreichen. Dazu benötigen wir mindestens 30.000 Stimmen im Norden.

Bei der Kommunalwahl 2008 war der SSW überall dort stark, wo es auch eine große dänische Minderheit gibt oder wo viele Friesen beheimatet sind. Die politischen Ergebnisse des SSW der letzten fünf Jahre in diesen Hochburgen können sich mehr als sehen lassen. Überall dort, wo wir größere politische

Mitverantwortung tragen, haben wir Gutes für die Menschen bewegen können. Diesen Erfolg wollen wir fortführen, in den kreisfreien Städten Flensburg und Kiel ebenso wie in den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde als auch in den größeren Städten und Kommunen des Landesteils Schleswig und auf der Insel Helgoland.

3. Der SSW will Verantwortung in den Kommunen übernehmen

Der SSW hat eine lange Tradition, wenn es darum geht, in den Kommunen des nördlichen Landesteils politisch mitzuregieren und seinen Einfluss geltend zu machen. So stellt der SSW den Oberbürgermeister in der kreisfreien Stadt Flensburg, ist die größte Partei in der Gemeinde Harrislee, Zünglein an der Waage in der Landeshauptstadt Kiel, stellt mehrere Bürgermeister im ländlichen Raum, hat starke Kreistagsfraktionen in Schleswig-Flensburg, Nordfriesland sowie Rendsburg-Eckernförde und kann auf fast zweihundert tüchtige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Gemeinden und Städten des ganzen Landesteils Schleswig zählen. Der SSW ist also eine ausgeprägte kommunale Partei, die in den vergangenen Jahrzehnten als unabhängige regionale Kraft immer eine wichtige Rolle in den Kommunen des Landesteils gespielt hat. Wir wollen auch in Zukunft Verantwortung übernehmen, damit wir die Geschicke der Kommunen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aktiv mit gestalten können.

III. Kernforderungen des SSW zur Kommunalwahl 2013

Der SSW hat folgende sechs Kernforderungen zur Kommunalwahl:

1. Wir wollen die finanzielle und kulturelle Gleichstellung der Minderheiten in den Kommunen.

2. **Wir wollen starke und handlungsfähige Kommunen mit einer bürgerfreundlichen Verwaltung.**
3. **Wir wollen sozialverantwortliche Kommunen, die schwächere Mitbürger nicht im Regen stehen lassen.**
4. **Wir wollen die deutsch-dänische Zusammenarbeit der Kommunen vertiefen und ausbauen.**
5. **Wir wollen den weiteren Ausbau von Gemeinschaftsschulen und ausreichend Krippenplätze für die Kinder.**
6. **Wir wollen die Energiewende in den Kommunen voranbringen - ohne CO₂-Endlager oder Fracking.**

IV. Für diese kommunale Politik steht der SSW von 2013 bis 2018

Die finanzielle Situation vieler Kommunen schränkt zunehmend den politischen Handlungsspielraum ein. Hier sind gute Ideen gefragt, und das Setzen der richtigen Prioritäten. Der SSW will die Kommunen für die Herausforderungen fit machen. Dabei hat jede Kommune ihre eigenen Besonderheiten und Herausforderungen, denen sich die SSW-Politikerinnen und –Politiker vor Ort stellen. Übergeordnet gelten für den SSW in den nächsten fünf Jahren folgende kommunale Leitlinien:

1. Für bürgernahe und starke Kommunen

1.1 Kommunale Demokratie ist entscheidend für die Menschen

Die leider oft unterschätzte Bedeutung der Kommunalpolitik besteht darin, dass Beschlüsse von der Gemeinschaft vor Ort gefällt werden. Dort können die Menschen am ehesten beurteilen, was für sie erforderlich ist. Dort ist Politik und Demokratie immer unmittelbar mit Auswirkungen für die

Menschen vor Ort verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur auf die Stimmgabe zur Kommunalwahl alle fünf Jahre beschränkt. Bei wichtigen Vorhaben muss die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend einbezogen werden. Dafür steht der SSW.

Zugleich muss gesichert sein, dass kommunale Entscheidungen von gewählten Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern verschiedener Parteien und Wählergruppen getroffen werden, die einen möglichst breiten Ausschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Deshalb war die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten im Jahr 1996 eine Fehlentscheidung: Das kommunale Ehrenamt wurde zugunsten hauptamtlicher Verwaltungschefs geschwächt und die politische Vielfalt eingeschränkt. Die Direktwahl von Landräten wurde bereits zurückgenommen, weil die Wahlbeteiligung so gering ausfiel, dass von repräsentativen Wahlergebnissen keine Rede sein konnte. Dies trifft auch auf andere Direktwahlen zu.

- Der SSW befürwortet die Ausweitung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen.
- Der SSW arbeitet weiter dafür, dass die Direktwahl der Oberbürgermeister und der hauptamtlichen Bürgermeister wieder abgeschafft wird.
- Der SSW setzt sich weiterhin dafür ein, dass Nicht-EU-Bürger auch das Wahlrecht auf kommunaler Ebene bekommen.



1.2 Bürgernahe und transparente Kommunen sind unser Ziel

Der SSW setzt sich für eine bürgerfreundliche kommunale Verwaltung ein, die ihren Service ständig verbessert und in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt. – nicht umgekehrt. Über die Möglichkeit der Gemeindeordnung und des seinerzeit vom SSW in den Landtag eingebrachten Informationsfreiheitsgesetzes hinaus müssen vor Ort neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und einer „Gläsernen Verwaltung“ erprobt werden.

- Der SSW setzt sich für eine bürgernahe Verwaltung ein, die ihre Dienste so weit wie möglich nah am Wohnort der Bürgerinnen und Bürger anbietet.
- Der SSW arbeitet für mehr Transparenz der Kommunalverwaltungen und der Kommunalpolitik: Sitzungen der kommunalen Ausschüsse sollten grundsätzlich öffentlich sein, und den Bürgerinnen und Bürgern muss ein unkomplizierter Zugang zu kommunalen Daten gewährt werden. So müssen alle Tagesordnungen und relevante Unterlagen der kommunalen Gremien im Internet verfügbar sein.
- Die Kommunalverwaltungen sollen von sich aus so viele Informationen wie möglich veröffentlichen, insbesondere auch im Internet, um eine bessere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Kommunale Ausgänge in Schaukästen und verklausulierte Zeitungsanzeigen werden der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr gerecht. Größere Bauvorhaben sollen grundsätzlich ins Internet gestellt werden, unmittelbar betroffene Bürgerinnen und Bürger sollen direkt angeschrieben werden. Einspruchsverfahren müssen per Online-Formular eingeleitet werden können. Kurz: Die Kommune muss auf die Menschen zugehen, nicht umgekehrt. So lässt sich Politikverdrossenheit entgegen und manch teures Gerichtsverfahren verhindern.
- Der SSW will transparente und klare Regelungen für die Nutzung von Rathäusern

und Bürgerhäusern für öffentliche und private Veranstaltungen.

1.3 Kommunale Finanzpolitik mit sozialem Augenmaß

Gute finanzielle Rahmenbedingungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige, handlungsfähige kommunale Demokratie. Immer mehr Städte und Gemeinden sind aber de facto finanziell handlungsunfähig. Politische Entscheidungen der Bundesregierung und Kürzungen der ehemaligen Landesregierung haben dazu geführt, dass der Spielraum zum Gestalten und zum Investieren vor Ort kaum noch vorhanden ist. Außerdem haben der Bund und das Land immer neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt ist. Trotz steigender gesetzlicher Anforderungen wird nicht dafür gesorgt, dass die finanzielle Ausstattung zur Erledigung der Aufgaben ausreicht. Ein Beispiel ist der von der Bundesregierung bis zum 1.8.2013 geforderte Krippenausbau, den die Kommunen schultern müssen, ohne dass der Bund hierfür ausreichend Mittel zur Verfügung steht.

Dadurch können viele Gemeinden, Städte und Kreise kaum noch ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden. Die neue Landesregierung hat bereits wichtige Weichenstellungen für finanzielle Verbesserungen der Kommunen gestellt (siehe Abschnitt V). Aber natürlich müssen auch die Kommunen ihre finanziellen Hausaufgaben machen und versuchen, Einsparungen zu finden und mehr Einnahmen zu generieren. Der SSW will eine Finanzpolitik mit Augenmaß führen, wo die Balance zwischen notwendigen Einsparungen und sozialem Ausgleich eingehalten wird.

- Der SSW fordert eine neue Finanzverfassung, die den Kommunen einen größeren Anteil der Steuereinnahmen des Staates sichert. Langfristiges Ziel muss sein, dass die Kommunen, wie in Dänemark, selbst einen Teil der Einkommensteuer erheben und darüber verfügen können. Das schafft

neue Gestaltungsspielräume für die Politik vor Ort.

- Der SSW fordert, dass das sogenannte Konnexitätsprinzip – wer die Zeche bestellt, muss sie auch zahlen – nicht nur für das Land gilt, sondern auch wenn Bund den Kommunen neue Aufgaben erteilt.
- Der SSW unterstützt die Bestrebungen der Landesregierung, den kommunalen Finanzausgleich des Landes ab 2015 so zu ändern, dass es eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den kreisfreien Städten, den Kreisen und den Kommunen gibt. Wer mehr Aufgaben zum Wohle einer ganzen Region wahrnimmt, zum Beispiel im sozialen Bereich, muss hierfür auch mehr Geld erhalten.
- Der SSW will eine soziale Haushaltskonsolidierung, wo die notwendigen Einsparungen nicht auf Kosten der Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft gemacht werden.
- Der SSW unterstützt die Bestrebungen einer transparenten Haushaltsaufstellung, wo die Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge zum kommunalen Haushalt einbringen können.

1.4 Handlungsfähige Kommunen schaffen

Kommunen sind kein Selbstzweck. Sie sollen vor Ort die Dinge entscheiden und verwalten, die das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen betreffen. Dementsprechend müssen die Kreise, Städte und Gemeinden eingerichtet werden. Trotz der Ämterreform gibt es immer noch zu viele Kommunen, die ihre Aufgaben nicht mehr allein bewältigen und daher auf die demokratisch immer noch fragwürdigen Hilfskonstruktionen der Ämter oder Zweckverbände zurückgreifen müssen. Nur wenn eine ausreichende Bevölkerungsgrundlage von mindestens 8.000 Einwohnern in einer Gemeinde vorhanden ist, kann eine Kommunalverwaltung die Bürger kompetent beraten und bedienen. Erst dann haben die Kommunalpolitiker die finanziellen Voraussetzungen, um das Leben vor Ort politisch gestalten zu können. Es gibt bereits viele Beispiele, wo kommunale Zusammen-

legungen einen Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet haben, etwa in der Gemeinde Handewitt. Wir wollen auch weiterhin Überzeugungsarbeit dafür leisten, dass mehr Kommunen den Schritt in eine gemeinsame Zukunft wagen. Denn nur gemeinsam sind wir bekanntlich stark.

- Der SSW setzt sich deshalb dafür ein, verstärkt finanzielle Anreize für die Zusammenlegung von Kommunen zu schaffen. Dies muss im Zuge der Änderung des kommunalen Finanzausgleiches mitberücksichtigt werden.
- Der SSW will die interkommunale Zusammenarbeit fördern, zum Beispiel die gemeinsame Beschaffung um Einsparpotentiale auszunutzen.
- Der SSW lehnt eine zwangsweise Zusammenlegung von Kreisen und kreisfreien Städten ab, da diese bereits eine ausreichende Größe vorweisen.

1.5 Kommunale Gleichstellungspolitik umsetzen

Der SSW setzt sich für eine uneingeschränkte Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten Rechte von Mann und Frau ein. Insbesondere bei den Gehältern (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeigt sich leider immer noch, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft nicht erreicht ist.

Zur Verwirklichung des Grundrechts auf Gleichberechtigung von Mann und Frau müssen Gemeinden mit eigener Verwaltung



Gleichstellungsbeauftragte einstellen. Der SSW begrüßt, dass die neue Landesregierung dies wieder gesetzlich ermöglichen will. Hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte als effektives Instrument zur Umsetzung des grundgesetzlich verpflichtenden Auftrages haben sich überall bewährt und dürfen nicht zur Beliebigkeit werden, deshalb halten wir eine entsprechende Regelung in der Gemeindeordnung nach wie vor für notwendig und sinnvoll.

- Der SSW fordert, dass Gleichstellungsbeauftragte in Gemeinden mit mehr als 8.000 Einwohnerinnen und Einwohner grundsätzlich hauptamtlich tätig sind. In Landkreisen, kreisfreien Städten und in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern, ist für die Funktion hauptamtlich kommunaler Gleichstellungsbeauftragter mindestens eine Vollzeitstelle erforderlich.
- Der SSW will, dass in der Hauptsatzung bestimmt wird, dass die Gleichstellungsbeauftragte in Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig ist und an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen kann. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs auf Wunsch das Wort zu erteilen.

2. Für einen starken Norden

Wir müssen die Stärken des Nordens besser nutzen, um neue Perspektiven für die regionale Wirtschaft im Landesteil Schleswig zu entwickeln. Die von allen geforderte wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch nur dann Bestand, wenn sie auf möglichst vielen Säulen ruht. Dazu gehören die gezielte Förderung des Mittelstandes, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und vor allem eine Bildungspolitik, die die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungseinrichtungen fördert.

2.1 Förderung des Nordens

Die Stärken des nördlichen Landesteils müssen sich in der wirtschaftspolitischen Einstu-

fung als chancenreiche Wachstumsfelder/ Cluster abzeichnen und entsprechend an der Wirtschaftsförderung des Landes teilhaben. Dafür setzt sich der SSW auf Landesebene ein. Da über 90 Prozent der Betriebe im Land kleine und mittlere Unternehmen sind, geht es vor allem darum, dass die Kommunen im Norden gemeinsam bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand schaffen. Er sichert und schafft immer noch die meisten Arbeitsplätze in unserer Region. Gute Ideen dürfen nicht an den Grenzen kommunaler Flächengrößen scheitern, hier ist interkommunale Zusammenarbeit der Schlüssel zum Erfolg.

- Der SSW setzt sich für eine zukunftsweisende regionale Wirtschaftspolitik ein, die gemeinsam von den Kommunen und über die Kreisgrenzen hinweg organisiert wird.
- Der SSW setzt sich für weitere interkommunale Gewerbegebiete ein.
- Der SSW will, dass das neue Tariftreugesetz des Landes konsequent in allen Kommunen umgesetzt wird. Dies sichert den Arbeitnehmern vernünftige Löhne und der heimischen Wirtschaft faire Wettbewerbsbedingungen.
- Der SSW setzt sich für die kommunale Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe sowie von Existenzgründern ein.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass das Land die einzelbetriebliche Förderung für innovative Betriebe weiterhin bezuschusst, und will einen verstärkten Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum.
- Der SSW will die weitere Unterstützung der Kooperation ländlicher Regionen und die Förderung von Konversionsstandorten.

2.2 Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unterstützen

Die Infrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im Norden. Wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig sein sollen, und wenn die Touristen den Weg in unsere Region finden sollen, dann muss der Norden besser an die europäischen Verkehrsnetze angebunden

werden. Es gibt eine ganze Reihe von möglichen Verbesserungen der Straßen-, Schienen-, Fährverbindungen, die zügig umgesetzt werden müssen – in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und teilweise auch mit der dänischen Regierung.

- Der SSW setzt sich für einen Ausbau der Bahnstrecken Hamburg-Flensburg-Kolding/Århus, Hamburg-Westerland und Niebüll-Tønder-Esbjerg ein.
- Der SSW will, dass das Nadelöhr an der Rendsburger Hochbrücke langfristig durch einen Eisenbahntunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal ersetzt wird.
- Der SSW fordert, dass der Bund endlich verbindliche Planungen vorlegt, wann der Nord-Ostsee-Kanal ausgebaut wird.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Autobahn A7 (E45) von Neumünster bis Kolding dreispurig ausgebaut und die A20 mit der Elbquerung westlich von Hamburg zügig fertig gestellt wird. Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung bis 2017 die A20 bis zur A7 weiterbaut.
- Der SSW will, dass die B5 als wichtigste Nord-Süd-Verbindung an der Westküste bis zur dänischen Grenze mit drei Fahrbahnen kreuzungsfrei ausgebaut wird.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die B200 von Husum nach Flensburg sowie die B199 von Flensburg nach Niebüll ausgebaut werden. Die B404 muss zügig zur Autobahn A21 werden.
- Der SSW fordert eine Tide-unabhängige Anbindung an die Inseln Amrum und Föhr.
- Die Schlei-Brücke Lindaunis soll erneuert werden.
- Der SSW setzt sich für die Errichtung neuer (oder alter) touristischer Fährverbindungen nach Dänemark wie zum Beispiel die Fährverbindung Gelting-Fåborg ein.

2.3 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter voranbringen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark ist aus Sicht des SSW eine entscheidende Perspektive, um Wachstum

und neue Arbeitsplätze in unserer Grenzregion zu schaffen. Unser Ziel muss es sein, dass die Kommunen im nördlichen Landesteil mit der Landesregierung und gemeinsam mit unseren Nachbarn die wirtschaftliche Entwicklung im Norden verbessern.

Die Fehmarnbelt-Querung wird erst in 10 bis 15 Jahren ihre volle Wirkung entfalten, daher muss die bisherige erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der Landesgrenze zwischen Deutschland und Dänemark weiterhin Vorrang haben. Dies schließt neben der Region Sønderjylland-Schleswig auch die Vertiefung der Zusammenarbeit der nördlichen Kommunen mit der Region Syddanmark ein. Die Kommunalpolitiker des SSW aus Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland setzen sich im Rahmen der „Region Sønderjylland-Schleswig“ aktiv dafür ein, dass die einzigartigen Chancen der Region u. a. in der Wirtschaftspolitik und im Bildungswesen ausgeschöpft werden.

- Der SSW will eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Umsetzung der Cluster-Strategie und der Wirtschaftsentwicklungsstrategie der Region. Dies gilt für Erneuerbare Energien, Tourismus, Ernährungs- und Gesundheitswirtschaft ebenso wie für viele andere Bereiche.
- Der SSW setzt sich für die Beibehaltung der bisherigen Interreg-Förderung für den nördlichen Landesteil nach 2013 ein. Ein gemeinsames Interreg-Programm für das ganze Land unter Beibehaltung von eigenständigen regionalen Subprogrammen, die ausreichende Förderung für den nördlichen



Landesteil sichern, könnte dies gewährleisten. Dabei müssen auch in Zukunft Projekte für Kultur und Sprache förderfähig bleiben.

- Der SSW will, dass die Kreise eigene Interreg-Kompetenz-Zentren errichten, damit sie in der Lage sind, maßgeschneiderte Projekte zu entwickeln und so Förderungsmöglichkeiten der EU besser als bisher ausschöpfen zu können.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die akademischen Einrichtungen in der Region langfristig zu einem gemeinsamen deutsch-dänischen Hochschulzentrum weiter entwickelt werden.
- Der SSW setzt sich für den Ausbau und eine Verstärkung der Kulturregion Sønderjylland-Schleswig ein. Die Finanzierung dieser ersten europäischen Kulturregion muss von den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, der Stadt Flensburg und dem Land langfristig gesichert werden.
- Der SSW fordert von den Kommunen im nördlichen Landesteil konkrete Zielsetzungen zum Ausbau des Dänisch-Unterrichts an den öffentlichen Schulen und Berufsschulen im nördlichen Landesteil sowie die Erhöhung der Referendariatsplätze für angehende Dänisch-Lehrkräfte um mehr jungen Menschen die Teilhabe am deutsch-dänischen Wachstumsmarkt zu ermöglichen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Beratung von Unternehmern und Arbeitnehmern, die grenzüberschreitend tätig werden wollen, verbessert und gebündelt wird. Langfristig sollte das Regionskontor in Padborg weiter zum Informations- und Pendlerzentrum der Grenzregion ausgebaut werden.
- Der SSW fordert ein gemeinsames Tourismus-Marketingkonzept für die gesamte deutsch-dänische Grenzregion, das die einzigartige kulturelle Vielfalt unserer gemeinsamen Region hervorhebt.
- Der SSW setzt sich für mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ein.

3. Für sozialere Kommunen im Norden

Der SSW orientiert sich an den Idealen des skandinavischen Wohlfahrtsstaates. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, an unserer Gesellschaft aktiv teilhaben zu können. Für die Vertreterinnen und Vertreter des SSW ist klar: Wir wollen eine solidarische Gemeinschaft, in der jeder Mensch nur das schultern muss, was er auch tragen kann. Wir wollen soziale Kommunen. Die Umsetzung ist in der Kommunalpolitik nicht immer leicht, da wichtige Entscheidungen für die Rahmenbedingung der Sozialpolitik in Berlin oder Kiel getroffen werden. Dabei sind die Kommunen verantwortlich für die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dort wird entschieden, welche Hilfen, Dienstleistungen und Beratungsangebote für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker klare Vorstellungen davon haben, wie das soziale Miteinander aussehen soll.

3.1 Den Schwächeren in den Kommunen helfen

Trotz des aktuellen wirtschaftlichen Aufschwungs hat die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zugenommen. Zwar ist die Arbeitslosenquote gesunken, die Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit sind jedoch immer noch zu hoch. Wer einmal langzeitarbeitslos geworden ist, schafft es schwer zurück in eine Beschäftigung. Gering qualifizierte Arbeitssuchende haben weiter große Schwierigkeiten, in Beschäftigung zu kommen oder sie bekommen Arbeit zu einem Lohn, von dem man nicht leben kann.

Auch die Arbeitsbelastung vieler Beschäftigter ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Hier gibt es also eine Gerechtigkeitslücke trotz Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb hat die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich – zwischen gut ausgebildeten Bevölkerungs-

gruppen und gering qualifizierten Schichten - stark zugenommen.

- Der SSW lehnt es ab, bei Einrichtungen zu kürzen, die den besonders Schwachen in unserer Gesellschaft Unterstützung und Hilfe bieten.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kommunen die Regelungen der Hartz-IV-Gesetzgebung flexibel und im Zweifelsfall immer zugunsten der Betroffenen handhaben, so dass keine weiteren sozialen Härten entstehen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Menschen vom Lohn ihrer Arbeit leben können und nicht auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Hierzu gehört neben einem Mindestlohn auch die Tarifregelung (siehe 2.1.). Danach müssen Kommunen ihre Tochterunternehmen und auch deren „Töchter“ verpflichten, ihre Angestellten nach orts- oder branchenüblichen Tarifen zu entlohnen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass der kommunale soziale Wohnungsbau wieder gefördert wird.
- Der SSW tritt für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein, die auf die regionalen deutsch-dänischen Verhältnisse gezielt und passgenau reagieren kann. Wichtig ist, dass die Arbeitsmarktverwaltung vor Ort sowohl die Arbeitslosen als auch die Unternehmen optimal betreut und auf deren Bedürfnisse eingeht. Die Optionskommunen haben gezeigt, dass die Politik dadurch bessere Steuerungsmöglichkeiten und eine effektivere Einflussnahme auf den regionalen Arbeitsmarkt zum Wohle der Arbeitslosen bekommt.
- Der SSW fordert, dass die Kreise und kreisfreien Städte eine eigene vorbeugende Gesundheitspolitik erarbeiten und umsetzen. Gesundheitliche Aspekte müssen auch bei Entscheidungen in anderen Bereichen, wie der Verkehrs- oder der Baupolitik, mit berücksichtigt werden.
- Der SSW will, dass Inklusion endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstan-

den wird, die zum Ziel hat allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Um dies in den Städten und Kommunen des Landes zu realisieren, müssen an erster Stelle die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes für dieses Thema sensibilisiert werden.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Kommunen eine proaktive Integrationspolitik entwickeln, indem sie lokale Integrationspläne aufstellen und die entsprechende Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben.

3.2 Ausbau der Krippenplätze in den Kommunen voranbringen

Langfristig ist es das bildungspolitische Ziel des SSW, dass Kinderbetreuung kostenfrei sein muss. Vor dem Hintergrund der großen finanziellen Probleme der Kommunen sind wir noch sehr weit davon entfernt, und deshalb kann dieses Ziel nur langsam umgesetzt werden. Ab 1.8.2013 müssen die Kommunen für mindestens 35% der Unter-Dreijährigen Krippenplätze vorhalten. Der SSW unterstützt diese Politik, da dies nach unserem skandinavischen Verständnis dazu beiträgt, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu verbessern. Hier muss jedoch der Bund als „Auftraggeber“ mehr Geld in die Hand nehmen.

- Der SSW begrüßt, dass die neue Landesregierung den Kommunen in dieser Frage finanziell entgegenkommt (siehe auch Abschnitt V).
- Der SSW fordert den Bund dazu auf, end-



lich die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz vollständig zu übernehmen.

- Der Ausbau der Krippenplätze darf insgesamt nicht zu Beeinträchtigungen der Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung führen.

3.3 Bessere Angebote für die Jugendlichen in den Kommunen

Die Sicherstellung von guten Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und für ihre Familien gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Ein gute Kinder- und Jugendpolitik sichert die Chancengleichheit und eine gesunde Entwicklung der Jüngsten in unserer Gemeinschaft. Sie ist notwendig, damit Eltern Familie und Erwerbstätigkeit unter einen Hut bekommen können. Eine gut ausgestattete und wache Kinder- und Jugendhilfe ist auch der beste Weg, um die Kleinsten vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Städte und Kreise nicht bei Angeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien sparen, und will bessere Angebote für Jugendliche schaffen – insbesondere im ländlichen Raum.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden, die sie unmittelbar in ihrem Alltag berühren.
- Der SSW setzt sich für mehr Angebote für Kinder und Jugendliche ein, zum Beispiel müssen mehr Dörfer einen Spielplatz bekommen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrations- Hintergrund gezielt gefördert werden.

3.4 Leben auf dem Land – Leben in der Stadt fördern

Der demographische Wandel führt dazu, dass der Anteil älterer Menschen in Schleswig-Holstein stark ansteigt bei gleichzei-

tigem Schrumpfen der Bevölkerungszahl. Diese Veränderungen wirken sich bereits heute schleichend auf nahezu alle Lebensbereiche aus und werden langfristig zum Teil dramatische Folgen für unser Zusammenleben haben. Besonders in vielen ländlichen Gebieten wird dies die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Aber auch die Städte sind davon betroffen. Der SSW will, dass die Kommunen sich effektiver auf diese Entwicklung vorbereiten und bereits heute geeignete Maßnahmen in Gang setzen. Eine schnelle Breitbandversorgung oder ein gut ausgebauten Netz öffentlicher Verkehrsmittel sind kein Luxus, sondern Grundvoraussetzung für attraktives Leben in der Stadt und auf dem Land.

- Der SSW will, dass die Kommunen durch eine mittel- und langfristige Planung Vorsorge für den demographischen Wandel treffen.
- Der SSW will, dass die Kommunen aktiv den Ärztemangel im ländlichen Raum bekämpfen, zum Beispiel indem sie günstige Konditionen für Praxisgründungen anbieten.
- Der SSW will, dass die Kommunen Projekte zum „Mehrgenerationen-Wohnen“ verstärkt unterstützen und umsetzen. Vorbild könnten Generationshäuser wie Eckdomo in Eckernförde oder das Bremer Modell sein.
- Der SSW will, dass alle Kommunen im Norden optimal an das öffentliche Verkehrsnetz (ÖPNV) angebunden sind.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Kommunen das Ehrenamt besser unterstützen. Viele Ehrenämter leisten wertvolle Hilfe bei wichtigen Aufgaben in den Kommunen, zum Beispiel in den freiwilligen Feuerwehren, aber auch in den Sport- und Kulturvereinen. Die Stärkung des Ehrenamts ist eine der wichtigsten Gestaltungsspielräume, die unsere Kommunen haben, weil ehrenamtliche Tätige wichtige kommunale Aufgaben übernehmen, die die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort unmittelbar und

kostengünstig verbessern. Hier den Rotstift anzusetzen bringt in der Regel wenig Geld ein im Verhältnis zu den Folgeschäden, die das kaputtsparen vitaler Strukturen verursachen kann.

3.5 Keine weiteren Privatisierungen der öffentlichen Hand

Zu einer handlungsstarken Kommune gehört für uns auch, dass sie Einfluss auf die grundlegenden Lebensbedingungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nehmen kann. Leider erliegen immer mehr Kommunen der Versuchung, Aufgaben der Grundversorgung an Private zu delegieren oder entsprechende kommunale Einrichtungen wie Stadtwerke oder Wohnungsbaugesellschaften gleich ganz an Private zu verkaufen. Damit laden die Kommunalpolitiker ihre Steuerungsmöglichkeiten und Verantwortung vor dem Firmenschild ab. Sie verlieren Einfluss darauf, wie grundlegenden Bedürfnissen der Menschen nach Wasser, Wärme, Strom, Entsorgungsdiensten oder einem bezahlbaren Dach über dem Kopf nachgekommen wird. Den Preis für den kurzfristigen finanziellen Gewinn der Kommune müssen viel zu häufig die Einwohner durch teure und schlechtere Leistungen zahlen. Aufgabe der Politik muss es auch sein, das Allgemeingut der Bürger zu schützen. Auch Teilprivatisierungen (ÖPP-Projekte) erweisen sich für die Kommunen oft als kontraproduktiv, wie das Beispiel des Flensburger Campusbads zeigt.

- Der SSW lehnt eine Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Auch Teilprivatisierungen stehen wir skeptisch gegenüber.
- Der SSW lehnt es entschieden ab, dass unser Allgemeingut Wasser zum Spekulationsobjekt wird. Die Europäische Kommission will mit einer neuen Richtlinie die Privatisierung der europäischen Wasserversorgung vorantreiben. Die Umsetzung dieser Richtlinie muss verhindert werden.

4. Für eine bessere Bildungs- und Kulturpolitik in den Kommunen

Bildung ist längst nicht nur von Bedeutung für Kinder und junge Menschen. Heute ist es entscheidend, dass die Menschen sich auch nach einer abgeschlossenen Ausbildung weiter bilden können. Denn Bildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und die beste Investition in ein selbst bestimmtes Leben. Für den SSW ist daher die Möglichkeit lebenslangen Lernens das Kernstück einer modernen Bildungspolitik. Auch eine zukunftsweisende Kulturpolitik in den Kommunen ist wichtig, wenn es um das Bildungsniveau unserer Kinder geht, oder darum, neue Arbeitskräfte in die Region zu holen.

4.1 Für einen konsequenten Ausbau von Gemeinschaftsschulen

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört vor allem ein Bildungswesen, das den Kindern gleiche Startchancen ins Leben bietet. Leider hat das deutsche Schulwesen mit seiner frühen Sortierung nach der 4. Klasse die soziale Ungleichheit durch viele Jahrzehnte verstärkt. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir uns weiter dafür einsetzen, vor Ort Gemeinschaftsschulen und mehr Ganztagsangebote einzurichten.

- Der SSW will die weitere Umwandlung von Regionalschulen in Gemeinschaftsschulen.
- Der SSW setzt sich für die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ein.
- Der SSW will, dass die Schulentwicklungs-



pläne der Kreise und kreisfreien Städte miteinander abgestimmt werden, damit ein planbarer Schulausbau in der gesamten Region gesichert wird.

- Der SSW fordert qualifizierte Ganztagsangebote an allen Schulen. Wichtig ist, dass bei den Konzepten vor Ort die lokalen Sportvereine sowie Vereine und Verbände mit einbezogen werden um eine sinnvolle Vernetzung vorhandener Möglichkeiten Angebots zu ermöglichen und so Parallelstrukturen zum Nachteil des lokalen Vereinslebens zu verhindern.
- Der SSW will die dringend notwendige Schulsozialarbeit, insbesondere an den Grundschulen und Gemeinschaftsschulen, ausbauen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass an den Schulen verstärkt lebensvorbereitender Unterricht angeboten wird. Die Schülerinnen und Schüler müssen bereits in der Schule durch mehr Praktika und relevante Informationen auf die Lebenswirklichkeit in der Berufswelt vorbereitet werden.

4.2 Kostenlose Schülerbeförderung umsetzen

Schulbildung darf nie vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Sie muss kostenlos sein und unabhängig von Wohnort und Einkommen der Familien. Zur Chancengleichheit aller Kinder in Schleswig-Holstein gehört, dass ihre Schulausbildung angemessen finanziert wird, egal für welche Schule sich die Eltern entscheiden. Dies gilt auch für die Schülerbeförderung. Der SSW will auf Sicht erreichen, dass Schülerbeförderung wieder kostenlos wird.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der von der Landesregierung angestrebten Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung wieder abgeschafft wird.
- Der SSW will, dass die Kreise bis zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches den Kostenanteil der Eltern an der Schülerbeförderung übernehmen.

- Der SSW fordert, dass die Kreise bei der Schulbusbeförderung den Schulen der dänischen Minderheit die gleiche Förderung pro Kopf gewähren wie für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen.

4.3 Kommunale Kulturpolitik stärken

In den letzten Jahren haben viele Kommunen insbesondere bei der Kultur große Einsparungen vorgenommen. Aus Sicht des SSW muss klar werden, dass Kultur nicht der unmittelbaren Wirtschaftlichkeit untergeordnet werden darf und auch kein Spendenempfänger ist. Kultur sichert Lebensqualität und ist auch ein Standortfaktor für die Wirtschaft vor Ort. Denn ein ausgewogenes und spannendes Kulturangebot ist auch eine Voraussetzung dafür, dass es uns gelingt, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unsere Region zu locken. Dazu gehören sowohl traditionelle Kulturangebote wie das Landestheater oder viele der soziokulturellen Angebote in den Städten. Der SSW will die kommunale Kulturpolitik stärken.

- Der SSW setzt sich gegen Kürzungen bei der freien Kulturarbeit und ihren Einrichtungen ein. Gerade die Soziokultur ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Praxis, um allen Menschen einen Zugang zu Kultur zu bieten und eine kulturelle Versorgung in der Fläche aufrecht zu erhalten.
- Der SSW fordert die Rücknahme der Kürzungen bei Büchereien und Bücherbussen im ländlichen Raum. Büchereien tragen entscheidend zur Bildung von jungen Menschen bei und müssen auch in der Fläche aufrechterhalten werden.
- Der SSW fordert, dass das Landestheater Schleswig-Holstein durch eine Dynamisierung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich gesichert wird.
- Der SSW unterstützt die Bestrebungen der Stadt Schleswig und der Landesregierung, eine Spielstätte in Schleswig für das Landestheater zu erhalten.

4.4. Kulturelle und politische Bildungsarbeit der Kommunen fördern

Die Kulturelle Jugendbildung ist Allgemeinbildung. Sie unterstützt Kinder und Jugendliche, sich durch Kultur zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben und die Zukunft zu gestalten. Im Vordergrund steht dabei Selbstbildung und die frühe Persönlichkeitsentwicklung mit und in den Künsten. Auch die politische Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit, die in den Kommunen mehr gefördert werden muss.

- Der SSW will sich für eine engere Kooperation von kultureller Jugendbildung und Schule einsetzen. Gerade Ganztagschulen können in den Bereichen Theater, Musik, bildende Kunst und Tanz vielfältige Angebote machen. Für die Zusammenarbeit braucht es eine Servicestelle und eine umfassende Datenbank mit Angeboten.
- Der SSW will, dass die Kommunen die politische Bildungsarbeit ernst nehmen und stärken. Dabei geht es nicht vorrangig um Geld, sondern darum, einen Erfahrungsaustausch bei der Teilhabe von Jugendlichen zu fördern.

5. Vorbildliche Minderheitenpolitik der Kommunen

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist eine Besonderheit des Nordens. Das Nebeneinander von deutscher, dänischer und friesischer Kultur und der Kultur der Sinti und Roma gibt unserer Region einen kulturellen Reichtum, der in Deutschland nahezu einzigartig ist. Dieser bereichert nicht nur das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein, er ist auch interessant für Touristen und andere Gäste. Die kulturelle Vielfalt lebt aber nicht von selbst. Sie muss geschätzt, gepflegt und auch finanziell gefördert werden.

Gerade die Kommunen im Norden haben eine besondere Verantwortung für die Minderheitenpolitik. Denn vor Ort in den Kommunen wird das natürliche Miteinander von Minderheit und Mehrheitsbevölkerung

gelebt. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen sehr hohen Stellenwert. Der SSW setzt sich daher dafür ein, dass alle Kommunen im Norden eine vorbildliche Minderheitenpolitik führen müssen.

5.1 Gleichstellung der dänischen Minderheit

Die kulturelle, soziale und finanzielle Gleichstellung der Minderheiten ist für uns eine Selbstverständlichkeit, der leider noch nicht alle Kommunen gerecht werden. Die dänischen Schulen und Kindertagesstätten sind die „öffentlichen“ Einrichtungen der dänischen Minderheit. Deshalb dürfen die Kommunen keine Unterschiede bei der Bezuschussung von öffentlichen und dänischen Bildungs- oder Kulturangeboten im Landesteil Schleswig machen.

- Der SSW will, dass die Kommunen bei den Schulinvestitionen, Instandhaltungskosten sowie den Brandschutzmaßnahmen finanzielle Gleichstellung für die Schulen der dänischen Minderheit sichern.
- Der SSW will, dass die Kommunen eine stärkere finanzielle Verantwortung für dänische Kultureinrichtungen übernehmen. Dies sind neben dem kulturellen Dachverband der dänischen Minderheit Sydslesvigsk Forening (SSF) auch die Dansk Centralbibliothek, das Nordisk Informationskontor und die dänischen Erwachsenenbildungsangebote.



5.2. Bessere Förderung der friesischen Volksgruppe

Die Rahmenbedingungen für den Friesisch-Unterricht und die Förderung der friesischen Kultur sind nach wie vor nicht zufriedenstellend. Hier hat vor allem das Land eine große Verantwortung. Aber auch die Kommunen müssen die friesische Arbeit noch besser unterstützen.

- Der SSW setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass der Friesischunterricht besser gefördert und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird.
- Der SSW will, dass Kreis und Kommunen in Nordfriesland sowie auf der Insel Helgoland weiterhin die kulturelle friesische Arbeit finanziell unterstützen und fördern.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die kulturelle Zusammenarbeit der Friesen in Nordfriesland und der niederländischen Provinz Friesland unterstützt wird. Dazu zählen insbesondere Projekte zur Förderung der friesischen Sprache.

5.3 Aktive Sprachenpolitik in den Kommunen

Die Sprache ist die Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträger Nummer eins. Die Nutzung der eigenen Sprache kommt einem Menschenrecht gleich. Zur Gleichstellung der Minderheiten gehört auch, dass ihre Sprachen im öffentlichen Raum wahrnehmbar und nutzbar sind. Dies ist nicht nur das Gebot einer auf Gleichberechtigung und kulturelle Vielfalt ausgerichteten Minderheitenpolitik. Es dient auch der Erfüllung der Ziele der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“, mit dessen Beitritt sich Deutschland dazu verpflichtet hat, den Gebrauch von Dänisch, Friesisch und Plattdeutsch in der Öffentlichkeit zu fördern. Der SSW will, dass weitere Möglichkeiten der Nutzung von Minderheitensprachen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Behörden von den Kommunen ausgeschöpft werden.

- Der SSW fordert die Förderung der Minderheitensprachen in den kommunalen

Verwaltungen im Landesteil Schleswig. So sollen auch die Internetseiten der Kommunen dort, wo es geboten scheint, um ein obligatorisches dänisch- oder friesischsprachiges Angebot erweitert werden.

- Der SSW setzt sich für die Aufstellung zweisprachiger Ortschafts- und Wegweiser in weiteren Gemeinden im nördlichen Landesteil ein.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Minderheitensprachen stärker in den regionalen Medien vertreten sind.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Museen und andere Kultureinrichtungen konsequent mehrsprachig konzipiert werden.
- Der SSW fordert, dass der Kreis Nordfriesland und die nordfriesischen Gemeinden konsequent die Möglichkeiten des Friesisch-Gesetzes nutzen.
- Der SSW will, dass die Pflicht zum Schutz und zur Förderung der Minderheiten und deren Sprachen sowie eine Verpflichtung, regelmäßig Minderheitenberichte auf kommunaler Ebene zu stellen, in der Kommunalverfassung festgeschrieben wird.

5.4 Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor“ umsetzen

Die Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ hat gezeigt, dass die besonderen Sprach- und Kulturkompetenzen der Minderheiten bisher nur bruchstückhaft und zufällig genutzt werden. Dabei könnten die Angehörigen der dänischen und der friesischen Minderheit erheblich zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im Landesteil Schleswig beitragen. Auch die Kreise und Gemeinden sowie andere Träger öffentlicher Belange müssen noch lernen, diese Kompetenzen systematisch in ihre Arbeit einzubeziehen.

- Der SSW will, dass die besonderen Kompetenzen der dänischen Minderheit und friesischen Volksgruppe im Rahmen der regionalen Entwicklungsstrategien im Landesteil Schleswig berücksichtigt werden. Sie können unter anderem im arbeits- und

tourismuspolitischen Bereich wertvolle Beiträge leisten. Hierzu müssen die Akteure – von den Kreisen und Kommunen bis hin zu den Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsförderern und Tourismusverbänden - die Minderheiten aber direkt einbinden.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass der in der Kompetenzanalyse bescheinigte Mehrwert, mit dem die Minderheiten den Landesteil bereichern, aktiv in die Politik der Kommunen einbezogen wird. Hierzu gehört, dass die Minderheitenkompetenzen in den bestehenden wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen der Region Sønderjylland-Schleswig berücksichtigt werden, vor allem in den Bereichen Tourismus, Energie- und Bildungspolitik.

6. Energiewende und Umweltpolitik vor Ort

Schon seit Anfang der 70er Jahre steht der SSW der Kernenergie kritisch gegenüber. Auf einem Parteitag im April 1979 beschloss der SSW als erste Partei Deutschlands offiziell seine Ablehnung dieser gefährlichen Energieform. Dieser SSW-Parteitag war die politische Geburtsstunde der Energiewende in Deutschland. Seit diesem Tag hat sich der SSW für den Ausbau regenerativer Energien eingesetzt. Daher unterstützt der SSW natürlich die vom Bund beschlossene Energiewende, obgleich wir uns mehr Tatkraft und Tempo aus Berlin wünschen würden. Derzeit lässt sich der Energiebedarf noch nicht ohne fossile Energieträger gestalten. Daher müssen jetzt endlich die richtigen Rahmenbedingungen für den Ausbau der alternativen Energien geschaffen werden. Wir wollen, dass die notwendige Energiewende auch in den Kommunen des Nordens umgesetzt wird. Der SSW setzt sich für einen modernen Umwelt- und Naturschutz ein, der die Menschen vor Ort mit einbezieht. Im Sinne des Klimaschutzes und der Agenda 21 muss nachhaltig mit unseren Lebensgrundlagen vor Ort umgegangen werden.

6.1 Klima- und Energiepolitik im Dialog

Der Klimaschutz ist eine der globalen Herausforderungen, denen wir uns auch in Schleswig-Holstein weiterhin stellen müssen. Hierbei kommt es insbesondere darauf an, den CO₂-Ausstoß in allen Bereichen zu verringern. In der deutsch-dänischen Grenzregion gibt es bereits Planungen, die als Vorbild für ganz Schleswig-Holstein dienen können. Die dänische Kommune Sønderborg hat sich mit dem „Projekt Zero“ das Ziel gesetzt, bis 2030 eine CO₂-neutrale Kommune zu sein. Die Stadt Flensburg hat sich vorgenommen, mit dem „Klimapakt für Flensburg“ bis 2050 ähnliche Ziele zu erreichen. In Nordfriesland sind Wiedingharde und die Insel Pellworm Modellregionen für erneuerbare Energien. Der SSW unterstützt das Ziel des Kreises Nordfriesland bis zum Jahr 2020 zum klimafreundlichsten Landkreis Deutschlands zu werden.

- Der SSW will, dass das Land gemeinsam mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden einen landesweiten Klimapakt entwickelt, der konkrete Schritte für ein CO₂-neutrales Schleswig-Holstein benennt.

6.2 Ausbau der erneuerbaren Energien in den Kommunen

Der SSW will auf einen Energiemix umstellen: Der Energiegrundbedarf soll dezentral und aus regenerativen Energieformen gedeckt, und nur die zeitlich begrenzten „Energiespitzen“ durch fossile Energieträger gesichert werden. Die risikoträchtige Atomenergie ist für uns keine Alternative im Kampf gegen den Klimawandel. Wir brauchen



intelligente Antworten auf die Frage, wie der Energiemix gänzlich ohne fossile Energieträger gestaltet werden kann.

- Der SSW unterstützt den Ausbau von Bürgerwindparks, da sie die Akzeptanz der Windenergie vor Ort verbessern, und der finanzielle Mehrwert der Windenergieproduktion in der Region bleibt.
- Der SSW will durch Repowering und Schaffung neuer Anlagen die Nutzung der Windkraft steigern. Dabei wollen wir die Genehmigungsverfahren hierfür so einfach wie möglich gestalten.
- Der SSW fordert Investitionsprogramme für Energieeinsparmaßnahmen und die Förderung erneuerbarer Wärmeenergie, wie solarthermische Anlagen und Geothermie. Wir wollen den Bereich der Energieeinsparung und Energieeffizienz u. a. durch entsprechende Gestaltung der baurelevanten Förderprogramme entwickeln, Controlling und Energiemanagement im kommunalen Bereich fördern und Hilfestellung bei der Umsetzung einer energiebewussten Bauleitplanung geben.
- Der SSW setzt sich für den Ausbau einer dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ein. So sollten kommunale Liegenschaften weitest möglich für Solarenergie genutzt werden. Dies dient dem Klima, ist ein Vorbild für den privaten Sektor und schafft Einnahmen bzw. erwirkt Minderausgaben für die öffentlichen Haushalte.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass selbstständige Stadtwerke als Leuchttürme der dezentralen Energieversorgung erhalten bleiben.
- Der SSW will, dass die Kommunen die lokalen Stromnetze nach Möglichkeit selbst übernehmen oder in Zusammenarbeit mit öffentlichen Anbietern, wie den regionalen Stadtwerken, betreiben. Die Energieversorgung ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie sichert grundlegende Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sollte sie in öffentlicher Hand sein. Eine regionale sowie dezentrale Energieversor-

gung macht die Verbraucher unabhängiger von den Profitinteressen großer Energiekonzerne und ermöglicht eine regionale und lokale Energie- und Umweltpolitik.

6.3 Ausbau der Stromnetze nur mit Bürgerbeteiligung

Der SSW unterstützt den Ausbau von Stromtrassen und -netzen in Schleswig-Holstein, damit die erneuerbaren Energien flächendeckend eingespeist werden können. Nur so kann die Energiewende gelingen. Es muss jedoch sicher gestellt werden, dass vor dem Ausbau der Stromtrassen und -netze Bürgerbeteiligungsverfahren stattfinden, in denen geplante Maßnahmen transparent dargestellt werden. Unter anderem soll das Verfahren vor Ort darauf zielen, Anregungen aus der Bevölkerung möglichst frühzeitig aufzunehmen, damit die von der Maßnahme betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten werden. Das erhöht die Akzeptanz der dringend nötigen Energiewende und verhindert teure und langwierige Gerichtsverfahren.

- Der SSW will, dass beim Netzausbau in den Kommunen vorzugsweise auf bereits vorhandene Leitungen zurückgegriffen wird und darüber hinaus moderne Masten eingesetzt werden um die Strahlungsbelastung zu minimieren. Soweit es für den schnellen Ausbau der Netze erforderlich ist, sind kostenintensive Maßnahmen wie Erdkabel bzw. Gleichstromübertragung und Kapazitätserweiterung an bestehenden Trassen vorzuschreiben.
- Der SSW fordert, neue 110-KV-Leitungen grundsätzlich, wo dies technisch machbar ist, als Erdkabel vorzusehen. 380 KV-Stromleitungen dürfen nur dann verwendet werden, wenn die Betreiber dokumentieren können, dass sie für die regenerative Energiewende unverzichtbar sind.

6.4 Kein CO₂-Endlager oder Fracking

Niemand kann oder will derzeit mit Sicherheit gewährleisten, dass die Verpressung von CO₂ in den Untergrund ohne erhebliches

Gefahrenpotenzial für Mensch und Natur möglich ist. Es besteht die Gefahr, dass das Grundwasser verunreinigt wird, denn es gibt keine hundertprozentige Garantie dafür, dass das Deckgestein dicht halten wird. Ein Austritt von großen Mengen CO₂ an die Oberfläche könnte verheerende Folgen für Menschen und Tiere haben. Auch das Fracking-Verfahren zum Erschließen von unkonventionellen Öl- und Gasvorkommen lehnen wir ab, da auch dieses Verfahren eine potentielle Gefahr für unser Grundwasser darstellt.

- Der SSW lehnt die CCS-Technologie ab. Sie ist nicht nur mit Risiken für Mensch und Natur an den Endlagerstandorten und entlang der CO₂-Pipelines verbunden. Die CO₂-Endlagerung würde dazu beitragen, die Laufzeit der Kohleenergie zu verlängern. Sie dient als Legitimation für den Bau neuer Kohlekraftwerke, weil diese dann angeblich „CO₂-neutral“ würden. Das ist pure Augenwischerei, denn im Grunde wird der „Dreck“ nur unter den Teppich gefegt. So werden neue Probleme geschaffen, statt alte zu lösen.
- Auch Fracking lehnt der SSW konsequent ab. Wir begrüßen, dass die Landesregierung dies genau so sieht und das Ausstellen von Genehmigungen zur Aufsuchung und Erkundung unkonventioneller Erdgas- und Erdöllagerstätten pr. Gesetz unterbinden will, um auf diese Weise Fracking in Schleswig-Holstein schon im Ansatz zu verhindern.

6.5 Biomasse und Biogas ohne Monokultur

Eine unausgewogene Förderpolitik und fehlende planerische Grundvoraussetzungen haben zu einem Wildwuchs von Biomasseanlagen in manchen Regionen geführt. Der Flächenverbrauch für Energiemais ist explosionsartig gestiegen. Großflächige Monokulturlandschaften sind das Ergebnis. Damit verlieren wir im Norden wertvolle Lebensräume und erhöhen die Gefahr der Bodenerosion und der Grundwasserbelastung. Der SSW hat bereits frühzeitig auf diese negative

Entwicklung hingewiesen und setzt sich für eine Änderung dieser Politik ein.

- Der SSW will, dass die Bioenergie weiterhin einen wichtigen Anteil an der Energiegewinnung haben soll. Wir brauchen aber eine planerische Steuerung durch die Landesplanung und Regelungen, wie und wo wir Bioenergie gewinnen wollen.
- Der SSW will, dass der Nutzung von Restholz, Pflanzenschnitt, und Bio-Abfällen der Vorzug vor der Nutzung von Mais oder ähnlichen Energiepflanzen gegeben wird. Beim Anbau von Energiepflanzen soll künftig auf die Einhaltung von Fruchtfolgen geachtet werden um Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

6.6 Umwelt- und Landwirtschaftspolitik mit den Menschen

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss der Schutz von Natur und Umwelt einen hohen Stellenwert behalten. Raubbau an der Natur ist ein Rückschritt. Deshalb sind wir weiterhin darauf angewiesen, unsere natürlichen Ressourcen zu erhalten und zu schützen. Um den ländlichen Raum und die Landwirtschaft zu stärken, müssen für sie neue Perspektiven geschaffen werden. Umweltschutz und Landwirtschaft stehen nicht im Gegensatz zu einander; sie müssen aber stärker miteinander verbunden werden.

- Der SSW will, dass Landwirte durch Vertragsnaturschutz und landschaftspflegerische Maßnahmen die Möglichkeit bekommen, ihr Leistungsspektrum zu erweitern.
- Der SSW will Flächen für Neuanpflanzungen von Wald schaffen. Hierfür brauchen



wir entsprechende Landesprogramme. Wälder bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und dienen dem Klimaschutz.

- Der SSW will, dass das Land gemeinsam mit Kommunen, Stiftungen oder Vereinen verstärkt das Moorschutzprogramm umsetzt. Moore sind äußerst sensible Biotope, die aufgrund ihrer Beschaffenheit Lebensraum für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten darstellen.
- Der SSW unterstützt den Vorschlag, dass EU-Subventionen nur noch an Betriebe fließen, die mindestens sieben Prozent ihrer Ackerflächen ohne Pestizide und ökologisch vielfältig bewirtschaften als Schritt hin zu einer nachhaltig-bäuerlichen Landwirtschaft. So entsteht Platz für artenreiche Wiesen, Weiden und Äcker. Dies hilft auch den wertvollen Bienen. Denn die sind geschwächt vom hohen Einsatz von Pestiziden, und als Folge monokultureller Landwirtschaft sind sie Angriffen von Parasiten schutzlos ausgeliefert.

6.7 Verbraucherschutz stärken

Die jüngsten Lebensmittelskandale zeigen dass wir einen umfassenden Verbraucherschutz brauchen. Kennzeichnungen und Gütesiegel können dazu beitragen, den Weg durch die verwirrende Vielfalt zum Beispiel im Supermarkt sowie dem Internet zu finden oder auch den Besuch bei der Imbissbude für die Verbraucher sicherer und transparenter zu machen.

- Der SSW will, dass unabhängige Verbraucherberatungsstellen persönliche Hilfe leisten können und in der Fläche erhalten bleiben. Deshalb begrüßen wir, dass die neue Landesregierung die Zuschüsse für die Verbraucherschutz-Zentralen im Land erhöht hat.
- Der SSW will, dass eine Kennzeichnung der Nährwerte in Lebensmitteln mit einem Ampelsystem transparent gemacht wird. Weiter sollen die Ergebnisse der Kontrollen von örtlichen Ordnungs- bzw. Veterinärämtern in Gaststätten mit dem dänischen Smiley-System veröffentlicht werden. Dies

gewährleistet eine bessere Verbraucherinformation und erhöht die Lebensmittelsicherheit.

- Der SSW will, dass die Kontrollen der Lebensmittelbranche ausgeweitet werden. Hierzu ist erforderlich, dass auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Personalausstattung mit Lebensmittelkontrolleuren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städten gewährleistet ist.

V. Neue Landesregierung schafft bessere Rahmenbedingungen für Kommunen

Die neue Landesregierung hat bereits einige positive Weichenstellungen für die Kommunen beschlossen. So zahlt das Land mehr für den Kita-Ausbau. Die Landesregierung hat sich auf einen Kompromiss mit den Kommunen über die Zuschüsse für den Ausbau der Kindertagesstätten geeinigt. Insgesamt ist das Land bereit, den Kommunen bis 2017 ca. 80 Millionen Euro, die von der damaligen Landesregierung gekürzt wurden, über den kommunalen Finanzausgleich für den Kita-Ausbau bereitzustellen.

Dazu stellt das Land den Kommunen einmalig ca. 30 Millionen Euro für energetische Maßnahmen in den Kindertagesstätten zur Verfügung. Auch bei der Änderung des kommunalen Haushaltskonsolidierungsgesetzes ist die Landesregierung den Kommunen entgegen gekommen. Dazu soll spätestens in 2015 der kommunale Finanzausgleich im Sinne der Kommunen reformiert werden.



Für uns im Norden



SSW Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel.: 0461-144 08 310
E-Mail: info@ssw.de

www.ssw.de

Am 26. Mai 2013:

SSW 

Was denn sonst ☺